

»Die Asienkrise — Chance für Demokratie und Menschenrechte?«

Ein Bericht von der Tagung in Berlin vom 26.-28. März 1999

von Patrick Ziegenhain

Das ASEM-Außenministertreffen Ende März 1999 in Berlin sowie das geplante (und später geplatze) EU-ASEAN-Ministertreffen nahmen zahlreiche deutsche Nichtregierungsorganisationen (NRO), die zu asienbezogenen Themen arbeiten, zum Anlaß, eine eigene Konferenz zu organisieren, auf der der europäisch-asiatische Dialog nicht auf Regierungsebene, sondern »von unten« stattfinden sollte. Das Asienhaus Essen war neben amnesty international, der Gesellschaft für bedrohte Völker, dem Burma Büro u.v.a.m. einer der Veranstalter dieser Tagung.

Auch verschiedene europäische NRO wurden miteinbezogen, wobei an die Zusammenarbeit angeknüpft wurde, die sich bereits während der ASEM-Konferenzen in Bangkok 1996 und London 1998 herausgebildet hatte.

Etwa 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zu der vom 26.-28. März 1999 in Berlin stattfindenden internationalen Tagung mit dem Titel: »Die Asienkrise — Chance für Demokratie und Menschenrechte?«

Als Referentinnen und Referenten nahmen unter anderem der osttimoresische Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta, der Vizepräsident der *Korean Confederation of Trade Unions*, Kim Young Dae (Südkorea), die Bundestagsabgeordnete Dr. Angelika Köster-Loßack (Bündnis 90/Die Grünen) sowie der SPD-Asienexperte Dieter Schanz teil.

Eines der entscheidenden Spannungsfelder im europäisch-asiatischen Dialog ist nach wie vor die Frage, welche Rolle die Durchsetzung und Einhaltung von Grund- und Menschenrechten, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung spielen sollen.

In der Auftaktveranstaltung wurde unter dem Thema »Wirtschaftsinteressen versus Menschenrechte« diese Frage vom Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta aufgegriffen und dahingehend be-

antwortet, daß Wirtschaftskonzerne großen Einfluß auf politische Entwicklungen in Richtung Demokratie nehmen könnten und auch wahrnehmen sollten und bezog sich dabei vor allem auf sein Heimatland Osttimor, daß seit über 20 Jahren von Indonesien besetzt ist. Für die französische Menschenrechtsaktivistin Dr. Anne-Christine Hubbard besteht kein Antagonismus zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten. Es wäre vielmehr so, daß die Wirtschaft von demokratischen und rechtsstaatlichen politischen Systemen profitieren würde. Zur Asienkrise meinten sowohl der Wirtschaftsjournalist Günter Ederer sowie Dr. Eva Schwinghammer als Repräsentantin eines mittelständischen Maschinenbau-Unternehmens, daß die Krise ein Desaster für die Bemühungen hin zu mehr Demokratie in den asiatischen Staaten sei. So würden Bildungsmöglichkeiten für den Einzelnen reduziert und neu entstandene Bürgerbewegungen könnten sich auf Grund der Finanzknappheit schlecht entfalten. José Ramos-Horta hingegen betrachtete die Krise in Asien hingegen als »window of opportunity«, weil sie die Folge von

Korruption und Mißmanagement autoritärer Herrschaftsordnungen seien. Die autoritären Herrscher seien nun diskreditiert und die Menschen in den einzelnen asiatischen Ländern würden berechtigterweise demokratischere Verhältnisse fordern.

Die Konfliktfelder in Zusammenhang mit der Asienkrise wurden am zweiten Tagungstag in drei parallel stattfindenden Workshops unter Beteiligung von asiatischen und europäischen Referentinnen und Referenten aufgezeigt.

Dabei waren die Auswirkungen der Asienkrise auf gewerkschaftlichen Rechte ein Thema, wobei exemplarisch die Situation in Südkorea angesprochen wurde.

Beispiel Südkorea

Kim Young-Dae, Vizepräsident der *Korean Confederation of Trade Unions (KCTU)*, war in seinem Beitrag zum »Kampf um gewerkschaftliche Rechte und soziale Siche-

Der Autor ist Politologe und Mitarbeiter des Asienhauses, Essen.

rung in Südkorea« der Meinung, daß die Krise in Südkorea sowie die Gegenmaßnahmen von Regierung und großen Unternehmen die Arbeiterbewegung in eine äußerst schwierige Situation gebracht hätten. Die Lasten der Krise würden einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet, gewerkschaftliche Rechte beschnitten und eine sogenannte flexible Beschäftigungspolitik verfolgt. Der demokratische Gewerkschaftsdachverband KCTU habe deshalb seine Teilnahme am *Tripartite Committee*, das aus Vertretern der Regierung, der Parteien, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und des öffentlichen Sektors bestand, beendet. KCTU fordere nun die Rücknahme der betriebsbedingten Entlassungen, Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, den Ausbau des sozialen Netzes, die Beseitigung der engen Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft und die Sicherung gewerkschaftlicher Grundrechte.

Auf die neuen Herausforderungen für die Gewerkschaften in Krisenzeiten ging Willi Hajek vom DGB-Bildungswerk Berlin-Brandenburg ein. Als Perspektiven für die Gewerkschaftsbewegung sieht er zum einen eine Entwicklung hin zu einer sozialen Bewegung, die neue Formen von gesellschaftlicher Solidarität hervorbringt, sich politisch nicht instrumentalisieren läßt und in ihren Reihen die Frage der gesellschaftlichen Reproduktion aufwirft. Zum anderen bestünde die Gefahr der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hin zur korporatistischen und nationalen Bewegung, die teilhaben will an den jeweiligen Renditen der »Gewinnerunternehmen und -nationen«.

Frauen und Wirtschaftskrise

Um die soziale und rechtliche Situation von Frauen, die von den Folgen der Wirtschaftskrise in Asien besonders betroffen sind, ging es in einem weiteren Workshop. Lidy Nacpil, Präsidentin der *Freedom from Debt Coalition*, gab einen konkreten Einblick in die Lage der Frauen in den Philippinen. Astrid Lipinsky, zur Zeit Mitarbeiterin beim Deutschen Frauenrat half, die demokratischen, frauenspezifischen und feministischen

Entwicklungen jüngerer Datums in die Reihe der Weltfrauenkonferenzen einzuordnen. Von den ASEM – Außenministern wurden Gelder für frauenspezifische Forschung gefordert. Die Erkenntnis, daß ohne Daten über Problemsituationen kein Problembewußtsein entstehen kann und also auch keine Lösungen angestrebt oder gefunden werden, gilt für die Geschlechterdemokratie und für die Unterstützung von Frauen ebenso

dem im thailändischen Exil lebenden burmesischen Oppositionellen Myint Thein. Dieser war auf der Anreise während der Zwischenlandung in Warschau wegen ungültiger Papiere festgenommen worden und befand sich in Abschiebehaft. Die deutsche Regierung weigerte sich, eine von den polnischen Behörden geforderte Garantierklärung zu übernehmen. Bei einer Abschiebung nach Burma wären Leben und Gesundheit von

Foto: Asienhaus-Archiv



Podiumsdiskussion am Freitagabend über »Wirtschaftsinteressen versus Menschenrechte«: (v.l.n.r.) Günter Ederer (Wirtschaftsjournalist), Dr. Eva Schwinghammer (Unternehmensvertreterin), Dr. Manfred Kulesa (Vorsitzender der Asien-Stiftung), Dr. Anne-Christine Hubbard (französische Philosophiedozentin und Menschenrechtsaktivistin), José Ramos-Horta (osttimoresischer Diplomat und Friedensnobelpreisträger)

wie für alle anderen Felder des politischen Engagements. Der in der Europäischen Kommission bereits geltende Ansatz das *gender mainstreaming* also die Idee der Geschlechterdemokratie zu fördern, kann und soll auf die europäisch-asiatischen Beziehungen übertragen werden.

Die Situation in Burma und Laos

In einem zweiten Themenblock wurde die aktuelle politische Lage in Burma und Laos diskutiert, zwei autoritärer asiatischer Staaten, in denen Menschenrechte systematisch mißachtet werden. Insbesondere die Durchsetzung von Meinungs- und Pressefreiheit wurde als Voraussetzung zur Überwindung von diktatorischen Herrschaftssystemen angesehen.

Brisanz erfuhr das Forum unter anderem durch die Verhaftung eines der eingeladenen Referenten,

Myint Thein gefährdet gewesen, so daß er in Polen politisches Asyl beantragen mußte.

Die Auswirkungen der Asienkrise auf Minderheiten standen schließlich im dritten Themenblock im Mittelpunkt. Liem Soei Liong von der Menschenrechtsorganisation TAPOL erläuterte die Situation der chinesischen Minderheit in Indonesien und deren Schwierigkeiten in einem Land, das sich derzeit in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise befindet. Tsewang Norbu, Exil-Tibeter und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung, sprach über die Situation in seiner Heimat Tibet kurz nach dem 40. Jahrestag der gewaltsamen chinesischen Besetzung.

Auswirkungen der Asienkrise

Ein weiteres Thema war die Situation von Migrantinnen und Migranten, die durch die Asienkrise be-



Aus dem kulturellen Rahmenprogramm: koreanische Trommlerinnengruppe

sonders hart von Arbeitslosigkeit und möglicher Abschiebung bedroht sind. Viele Menschen sind auch in andere Länder geflohen. Am Beispiel von Malaysia, in dem sich nach Schätzungen mehr als zwei Millionen illegale Einwanderer aufhalten, wurde auf deren schlechte Behandlung hingewiesen. Irene Fernandez von der malaysischen Menschenrechtsorganisation *Tenaganita*, die vor einigen Jahren auf die untragbaren Zustände in Flüchtlings- und Abschiebelagern aufmerksam gemacht hatte, war wegen »Verleumdung der Regierung« vor Gericht gebracht worden. Im Falle einer Verurteilung droht ihr eine mehrjährige Haftstrafe. Wegen ihres Prozesses konnte Irene Fernandez an der Tagung in Berlin nicht teilnehmen.

Welche Chancen und Möglichkeiten für die Politik kann die Wirtschaftskrise in Asien bieten? Diese Frage stand im Mittelpunkt der abschließenden Podiumsdiskussion am Sonntag.

Sowohl die entwicklungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Angelika Köster-Loßack, als auch der Beauftragte des SPD-Fraktionsvorsitzenden zur Asienpolitik, Dieter Schanz, mußten eingestehen, daß in ihren Parteien die Lage in Asien vor Ausbruch der Krise falsch eingeschätzt worden war. Im Moment würden aus personellen Gründen auch keine neuen Konzepte ausgearbeitet. Beide zeigten sich überzeugt, daß sich als Folge der Asienkrise mehr Demokratie und wirt-

schaftliche Transparenz in den asiatischen Ländern entwickeln können.

Brid Brennan vom *Transnational Institute*, Amsterdam, forderte als Vertreterin europäischer asienbezogener NRO deren verstärkte Einbeziehung in den ASEM-Prozeß. Sowohl der SPD-Politiker Schanz als auch die Bündnisgrüne Köster-Loßack konnten sich dieser Forderungen anschließen und erklärten, daß ihre Parteien in der Asienpolitik zukünftig stärker mit NRO zusammenarbeiten wollen.

Ziel der Tagung in Berlin war es, die Situation der Menschenrechte in den ASEM-Mitgliedstaaten sowie die Asienpolitik der EU und ihrer



Klaus Fritsche

Mitgliedstaaten kritisch zu beleuchten, Alternativen zur gegenwärtigen Asienpolitik zu formulieren und möglichst öffentlichkeitswirksam zu diskutieren. Auch auf die soziale und politische Dimension im Verhältnis von EU zu den asiatischen Staaten sollte hingewiesen werden. Gleichzeitig soll auch eine Beteiligung von nationalen Parlamenten und NRO beim ASEM-Prozeß gewährleistet werden.

Diese Forderungen flossen in eine Resolution ein, die den ASEM-Außenministern in Berlin übergeben wurde. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Joschka Fischer sowie der Staatsminister im Auswärtigen Amt Ludger Vollmer empfangen eine Delegation der Tagungsteilnehmer/-innen und besprachen mit ihnen die oben genannten Anliegen der NRO.

Insgesamt brachte die Tagung »Die Asienkrise — Chance für Demokratie und Menschenrechte?« einen intensiven Gedankenaustausch sowie zahlreiche neue Anregungen für eine qualitative Verbesserung des asiatisch-europäischen Zusammenarbeit auf der Basis der Achtung der Grund- und Menschenrechte. Zwischen den einzelnen zu Asien arbeitenden NRO wurden Grundlagen für eine mögliche Vernetzung erkennbar, die Chancen für zukünftig gemeinsam organisierte Veranstaltungen und Projekte eröffnen könnten. Als Ergebnis läßt sich auch festhalten, daß der asiatisch-europäische Dialog nur erfolgreich sein kann, wenn er auch auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger geführt wird.

Zur Zeit wird überlegt, die Beiträge der Tagung in einem Reader zu veröffentlichen. Das vollständige Tagungsprogramm sowie weitere Informationen sind auf der Homepage des Asienhauses unter <http://www.asienhaus.org/ase99/index.html> erhältlich.

Foto: Asienhaus-Archiv

Foto: Asienhaus-Archiv